

Sexuelle Gesundheit wählen



Fragebogen der AIDS-Hilfen Österreichs zur Nationalratswahl 2024

Inhalt

Einleitend	2
1. Welche Maßnahmen unterstützen Sie, um das UNAIDS-Ziel „HIV-Neuinfektionen bis 2030 zu beenden“ zu erreichen?	3
2. Die HIV-PrEP (HIV-Prä-Expositionsprophylaxe) ist ein wichtiges Tool, um die UNAIDS-Ziele zu erreichen. Seit 1. April 2024 wird sie für den Großteil der Versicherten in Österreich rückerstattet. Die Finanzierung dafür läuft bis 2026. Soll Ihrer Meinung nach die PrEP ins Regelsystem der Versicherungen überführt werden? Wenn ja, warum und wie? Wenn nein, warum nicht?	5
3. Wie stehen Sie dazu HIV-Tests und Tests auf andere sexuell übertragbare Infektionen gratis anzubieten? Wenn sie dafür sind, in welchem Kontext soll das passieren?	8
4. Wie stehen Sie zu Gratis-Verhütungsmitteln? Wenn Sie dafür sind, in welchem Kontext sollen diese abgegeben werden?	10
5. Im Jahr 2023 wurden leider mehr als 70% der Diskriminierungsmeldungen betreffend Menschen mit HIV im Gesundheitswesen dokumentiert. Wie denken Sie, kann gerade in diesem sensiblen Bereich Diskriminierung verhindert werden?	12
6. Wie stehen Sie dazu, dass Menschen mit HIV vom Bewerbungsverfahren für den Polizeidienst und als Soldat*in des österreichischen Bundesheer ausgeschlossen sind?	14
7. Wie würden Sie eine zeitgemäße Sexualpädagogik in Österreichs Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen organisieren?	16
8. Wie planen Sie, die Öffentlichkeit über die Möglichkeiten der Prävention und Behandlung von HIV/AIDS und anderen sexuell übertragbaren Erkrankungen zu informieren, insbesondere in ländlichen Gebieten und unter benachteiligten Gruppen?	18

Einleitend

Die AIDS-Hilfen Österreichs sind die erste Ansprechstellen in Österreich für Menschen, die sich zum Thema Sexuelle Gesundheit informieren möchten. Aus diesem Grund haben wir im Vorfeld der Nationalratswahl alle bundesweit für die Nationalratswahl am 29. September 24 kandidierenden Parteien gebeten, folgende Fragestellungen zu beantworten:

1. Welche Maßnahmen unterstützen Sie, um das UNAIDS-Ziel „HIV-Neuinfektionen bis 2030 zu beenden“ zu erreichen?
2. Die HIV-PrEP (HIV-Prä-Expositionsprophylaxe) ist ein wichtiges Tool, um die UNAIDS-Ziele zu erreichen. Seit 1. April 2024 wird sie für den Großteil der Versicherten in Österreich rückerstattet. Die Finanzierung dafür läuft bis 2026. Soll Ihrer Meinung nach die PrEP ins Regelsystem der Versicherungen überführt werden? Wenn ja, warum und wie? Wenn nein, warum nicht?
3. Wie stehen Sie dazu HIV-Tests und Tests auf andere sexuell übertragbare Infektionen gratis anzubieten? Wenn sie dafür sind, in welchem Kontext soll das passieren?
4. Wie stehen Sie zu Gratis-Verhütungsmitteln? Wenn Sie dafür sind, in welchem Kontext sollen diese abgegeben werden?
5. Im Jahr 2023 wurden leider mehr als 70% der Diskriminierungsmeldungen betreffend Menschen mit HIV im Gesundheitswesen dokumentiert. Wie denken Sie, kann gerade in diesem sensiblen Bereich Diskriminierung verhindert werden?
6. Wie stehen Sie dazu, dass Menschen mit HIV vom Bewerbungsverfahren für den Polizeidienst und als Soldat*in des österreichischen Bundesheer ausgeschlossen sind?
7. Wie würden Sie eine zeitgemäße Sexualpädagogik in Österreichs Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen organisieren?
8. Wie planen Sie, die Öffentlichkeit über die Möglichkeiten der Prävention und Behandlung von HIV/AIDS und anderen sexuell übertragbaren Erkrankungen zu informieren, insbesondere in ländlichen Gebieten und unter benachteiligten Gruppen?

Wir sehen es als unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass sich potentielle Wähler*innen ein Bild zu den Positionierungen zu den für uns wichtigen Themen machen können. Alle bundesweit kandidierenden Parteien haben geantwortet.

Lest euch die Antworten durch, bildet euch eine fundierte Meinung und vor allem geht am 29. September wählen. Demokratie braucht unsere Mitbestimmung!

Die AIDS-Hilfen Österreichs

AIDS-Hilfe Steiermark, Checkpoint sexuelle Gesundheit Aidshilfe Kärnten, Sexuelle Gesundheit Vorarlberg, Zentrum Sexuelle Gesundheit Tirol, Aidshilfe Salzburg, AIDSHILFE Oberösterreich, Aids Hilfe Wien

1. Welche Maßnahmen unterstützen Sie, um das UNAIDS-Ziel „HIV-Neuinfektionen bis 2030 zu beenden“ zu erreichen?

ÖVP: Als Volkspartei setzen wir uns dafür ein, das UNAIDS-Ziel „HIV-Neuinfektionen bis 2030 zu beenden“ zum Schutz der Bevölkerung umzusetzen. Das soll einerseits durch den verbesserten Zugang zu Test-, Beratungs- und Behandlungsangeboten und andererseits durch kostenfreie Testungen auf sexuell übertragbare Krankheiten gelingen. Unser Ziel, Verhütungsmittel steuerfrei zu machen, vereinfacht zudem den Zugang und unterstützt bei der Infektionsprävention. Durch die bereits von dieser Regierung eingeführte niederschwellige Möglichkeit zur Prä-Expositionsprophylaxe kann die Ausbreitung der HIV-Infektion zudem weiter eingedämmt werden.

SPÖ: Die SPÖ bekennt sich klar zur Zielsetzung von UNAIDS. Wir wollen auf den wichtigen Schritten der letzten Jahrzehnte aufbauen und durch stärkere Prävention, den Ausbau niederschwelliger Testangebote, die Stärkung der HIV-Behandlungsmöglichkeiten und einen klaren Fokus auf Aufklärung die sexuelle Gesundheit der Österreicher:innen insgesamt, sowie die Eingrenzung von HIV im Besonderen forcieren.

Auf Druck der SPÖ und der Zivilgesellschaft ist die HIV-Prä-Expositionsprophylaxe PrEP in Österreich seit 2024 kostenfrei zugänglich. Auf diesem Meilenstein im Kampf gegen HIV/Aids gilt es jetzt rasch aufzubauen: Deshalb ist für uns die Ausweitung dieses Angebots auf alle KfA-Versicherten, sowie die rasche Übernahme ins Regelsystem der Krankenversicherungen von großer Priorität. Darüber hinaus wollen wir die Stärkung der HIV-Behandlung, insbesondere in ländlicheren Regionen, forcieren. Vor allem sehen wir zur Erreichung des UNAIDS-Ziels aber niederschwellige Aufklärung junger Menschen im Fokus.

FPÖ: UNAIDS und GAS (Globale AIDS Strategie) stellen die HIV Prävention, die HIV-Testung und -Behandlung, die Integration von HIV-Dienstleistungen in die bestehende Gesundheitsversorgung, die Eliminierung von Mutter Kind Übertragung von HIV sowie die Bekämpfung von Stigma, Diskriminierung und Geschlechterungleichheit in den Mittelpunkt ihrer gesundheitspolitischen Ziele und Maßnahmen. Dies unterstützen wir ausdrücklich.

Grüne: Einen wichtigen Schritt haben wir mit einem kostenfreien Zugang zu PrEP (Prä-Expositions-Prophylaxe) geschafft. Hier möchten wir uns auch ausdrücklich bei den AIDS-Hilfen Österreich für die wichtige und gute Überzeugungsarbeit bedanken, die uns die Umsetzung deutlich erleichtert hat.

Jetzt braucht es aber auch mehr Augenmerk auf adäquate Aufklärung auf Augenhöhe, sowohl was die PrEP als auch was das Thema Safer Sex anbelangt. Mehr Testangebote, mehr Informationen zu sexuell übertragbaren Krankheiten (und damit auch HIV) stehen für uns stark im Fokus. Jede damit verhinderte Infektion zählt. Das Entscheidende ist aber, dass diese Aufklärungsarbeit niederschwellig dort stattfindet, wo sie hingehört: in Schulen, in den Communities, im Alltag von uns allen. Genauso wichtig aber auch das Vorhandensein von kostenlosen Verhütungsmitteln, die vor Infektionen schützen.

Neos: Wir fordern verstärkten Aufklärungsunterricht im Bildungssystem und im Rahmen der Gesundheitsprävention auch für Erwachsene. So kann besser vermittelt werden, dass Verhütung nicht nur der Empfängnisverhütung, sondern auch der Krankheitsverhütung dient.

Zusätzlich braucht es mehr Bewusstsein für die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit von Tests, um Ansteckungen zu verhindern.

Bierpartei: Bis 2030 sollen 95% der Menschen mit HIV ihren HIV-Status kennen, 95% von ihnen Zugang zu einer antiretroviralen Therapie haben und 95% der Behandelten eine nicht nachweisbare Viruslast erreichen. Dafür müssen ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit die Infrastruktur generell für die Prävention und Behandlung von STD's und vor allem HIV ausgebaut werden kann.

Keine: Grundsätzlich orientieren wir uns an den Empfehlungen von UNAIDS sowie der AIDS-Hilfe. Eine erste und unmittelbare Maßnahme wäre die Einführung von gratis Kondomen und Femidomen, eine Ausweitung des kostenfreien Testangebots sowie des kostenfreien Zugangs zu PrEP und PEP. Zusätzlich halten wir eine Aufklärung in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen sowie Arztpraxen und Maßnahmen zur Entstigmatisierung zum Beispiel durch mediale Aufklärungskampagnen für sinnvoll. Um HIV-Neuinfektionen beenden zu können, müssen wir als Gesellschaft lernen, offen über HIV und AIDS zu sprechen.

KPÖ: Als KPÖ teilen wir voll und ganz die Einschätzung der lokalen AIDS-Hilfen und Zentren für sexuelle Gesundheit, dass der politische Wille - also zuallererst die ausreichende globale Finanzierung der Maßnahmen - der Schlüssel zur Zielerreichung ist. Österreich muss hier einen sehr viel engagierteren Beitrag leisten und seinen Verpflichtungen, auch im Rahmen der Austrian Development Agency, in einer unseren Möglichkeiten angemessenen Art und Weise verstärkt nachkommen. Wie bereits das „UN Global Aids Update“ aus dem Jahr 2023 zeigt, sind die HIV-Neuinfektionen zwar global zurückgegangen. In Osteuropa, im Nahen Osten und in Nordafrika ist die Entwicklung besonders besorgniserregend. Hier kann unser Land beispielsweise sein Ansehen und diplomatisches Geschick als neutrales Land und UN-Standort nutzen, um die Entscheidungsträger:innen vor Ort zu einem Umdenken zu bewegen. Die Stigmatisierung von HIV-infizierten Personen, im Rahmen von religiösem oder kulturellem Backlash, sehen wir als säkulare Partei weltweit mit großer Sorge. Medizinischer Fortschritt muss allen Menschen weltweit gleichermaßen zugänglich werden. Die Staaten des globalen Nordens haben hier gegenüber dem Süden eine besondere Verantwortung zu erfüllen.

Liste Madeleine Petrovic: Wir unterstützen selbstverständlich alle sinnvollen Maßnahmen, die zur Aufklärung und Vorbeugung der AIDS Erkrankung beitragen.

2. Die HIV-PrEP (HIV-Prä-Expositionsprophylaxe) ist ein wichtiges Tool, um die UNAIDS-Ziele zu erreichen. Seit 1. April 2024 wird sie für den Großteil der Versicherten in Österreich rückerstattet. Die Finanzierung dafür läuft bis 2026. Soll Ihrer Meinung nach die PrEP ins Regelsystem der Versicherungen überführt werden? Wenn ja, warum und wie? Wenn nein, warum nicht?

ÖVP: Mit der niederschweligen Möglichkeit zur Prä-Expositionsprophylaxe dämmen wir die Ausbreitung der HIV-Infektion aktuell weiter aktiv ein. Als Volkspartei begrüßen wir diese Maßnahme zum Schutz der Risikogruppen und zum Schutz der Gesamtbevölkerung. Wie sich die weitere Finanzierung der Maßnahme nach Ablauf der aktuellen Frist gestaltet, wird Aufgabe der nächsten Regierung sein. Wir werden uns dafür einsetzen, diese Maßnahme im Rahmen der gesamtbudgetären Möglichkeiten fortzuführen und den Schutz der Bevölkerung weiter zu garantieren.

SPÖ: Die kostenfreie HIV-PrEP ist ein echter Meilenstein im Kampf gegen HIV/Aids – als SPÖ sind wir stolz darauf, diesen Schritt gemeinsam mit der Zivilgesellschaft erkämpft zu haben. Klar ist für uns aber auch, dass die aktuelle Regelung nur der erste Schritt sein kann: Dringend notwendig ist aus unserer Sicht die Ausweitung des kostenfreien Zugangs für alle Landesbediensteten, die bisher aufgrund der Untätigkeit des Gesundheitsministeriums ausgeschlossen sind. Mittelfristig braucht es die Übernahme der kostenfreien HIV-PrEP in die Regelversorgung der Krankenversicherungen. Entsprechend des deutschen Beispiels muss dazu rasch eine bundesweite Einigung mit den Medikamenten-Herstellern ausverhandelt werden, damit die kostenfreie PrEP möglichst ab 2025 langfristig abgesichert ist und ohne bürokratische Rückerstattung – unkompliziert über die eCard – für alle Versicherten zur Verfügung steht.

FPÖ: Für eine dauerhafte Finanzierung der HIV-Prä-Expositionsprophylaxe wird es wie bei anderen Leistungen, die ins Dauerfinanzierungsrecht der Sozialversicherung übergeführt wird, notwendig sein, Mitte 2025 eine Evaluierung der bisherigen Erfolge und Kosten bzw. der Erarbeitung weiterer Verbesserungen dieses Projekts vorzunehmen. Auf Grundlage dieser Faktenlage muss dann die weitere Entscheidung über die Finanzierung der HIV-Prä-Expositionsprophylaxe aus unserer Sicht erfolgen.

Grüne: Im Zentrum stehen die Gesundheit der Betroffenen, das Recht auf ansteckungssichere gelebte Sexualität und das Ziel, Neuinfektionen zu verhindern. Welche Finanzströme hinter der Finanzierung stehen, ist für die Betroffenen letztendlich zweitrangig. Nach der derzeitigen Regelung stellt die Bundesregierung über das Budget der Sozialversicherung jährlich fünf Millionen Euro bis 2027 zur Verfügung. Eine Weiterführung der Finanzierung ist für uns unumgänglich. Über welchen der beiden Finanzierungswege dies geschieht, ist für uns zweitrangig. Eine Überführung ins Regelsystem der Versicherungen ist für uns denkbar, so wie wir uns auch insgesamt für einen Ausbau von präventiven Gesundheitsmaßnahmen im Rahmen der öffentlichen Gesundheitsversorgung einsetzen. Was jedoch noch zu klären ist: Wie stellen wir sicher, dass auch nichtversicherte Menschen und Personen in prekärer finanzieller Situation Zugang zur PRep haben. Hier würden wir die AIDS-Hilfen Österreich gerne mit ins Boot holen, ebenso wie Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, um sicherzustellen, dass dort Untersuchungen und die

Verschreibung durch medizinisches Fachpersonal niederschwellig gerade für diese oben genannten Gruppen angeboten werden können – natürlich kostenfrei für die Betroffenen.

Neos: Ja. Die Sozialversicherung hat laut ASVG auch einen Präventionsauftrag, weshalb wir die Kostenübernahme von PrEP zu ihren Aufgaben zählen würden. Bisher hat aber der Preisbildungsprozess für eine Kostenübernahme ein Hindernis dargestellt, hier braucht es also wohl andere Verhandlungsbedingungen. Immerhin kann eine Kostenerstattung nicht erfolgen, ohne dass Versicherungsträger und Produzenten sich einigen. Die Erstattung aus dem Bundesbudget ist sicherlich ein erster Schritt, um den Zugang sicher zu stellen, langfristig sollten Aufgaben der Versicherungen aber nicht nur aus dem Bundesbudget finanziert werden.

Bierpartei: Ja, generell schützt uns die Prävention vor enormen Kosten, was die lebenslange Behandlung einer Infektion und ihrer möglichen Begleitscheinungen (Psychotherapie, Arbeitsunfähigkeit,...) betrifft.

Keine: Ja, es braucht mindestens eine Rückerstattung, noch besser wäre die Möglichkeit, PrEP oder PEP mit Rezept in der Apotheke kaufen zu können. Der freie und unbürokratische Zugang zu PrEP und PEP ist für viele Menschen die Voraussetzung für ein freies und unbeschwertes Leben und damit für eine glückliche und gesunde Gesellschaft. Auf lange Sicht ist der Zugang zu PrEP und PEP außerdem ein wichtiger Schritt, um HIV Neuinfektionen zu beenden und damit auch eine Entlastung für unser Gesundheitssystem. Eine Überführung ins Regelsystem der Versicherungen könnte entstehen, indem PrEP (und PEP) als Grundversorgung kategorisiert wird und damit keiner kurzfristigen Finanzierungsregelung bedarf.

KPÖ: Unsere Partei steht in stetem Austausch mit HIV-Schwerpunktpraxen im niedergelassenen Bereich des Gesundheitssystems, weil uns der Blick von unten und die medizinische Einschätzung der Praktiker:innen politisch wichtig sind: Wir begrüßen die Kostenübernahme der PrEP ausdrücklich, weil sie medizinisch wirksam und finanziell sinnvoll ist. Prävention ist immer besser als lebenslange Therapie, die ansonsten auch von den Versicherten finanziert werden müsste. Eine Übernahme in das Regelsystem der Versicherungen ist unbedingt anzustreben. Kritisch sehen wir, dass der Zugang zur PrEP für Versicherte bundesweit sehr ungleich geregelt ist und die Anlaufstellen selbst innerhalb der Community oft unklar sind. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern müssen Betroffene die PrEP auch vorfinanzieren und auf Rückerstattung durch die ÖGK warten, was gerade bei finanziell vulnerablen Gruppen ein Problem darstellt. Außerdem wird die PrEP weitgehend nur der Gruppe der MSM angeboten, während Frauen oder Heterosexuelle hier meist von Beratungsangeboten ausgeschlossen werden bzw. im Unklaren gelassen sind. Zusätzlich kritisch sehen wir, dass die Kostenübernahme der PrEP unter dem grünen Gesundheitsministerium mit seiner Befristung wie ein Wahlzuckerl wirkt, auch weil eine soziale Einbettung und angemessene psychosoziale Versorgung aller Patient:innen im Gesundheitssystem auf sich warten lässt. Ausgehend von zahlreichen weiteren Problemen aus der systemischen Praxis hat unser KPÖ-Bundesvorstand am 17. August 2024 ein Positionspapier beschlossen, indem wir eine ganzheitliche Sichtweise auf die PrEP im Sinne des Präventionsgedankens fordern.

Liste Madeleine Petrovic: Es ist definitiv zu früh diese Frage zu beantworten, da das Projekt erst wenige Monate läuft. Bevor diese Frage also beantwortet werden kann, sollte eine wissenschaftliche Evaluierung stattfinden. Auch sollte transparent gemacht werden,

welche Behandlung in Österreich zu welchem Preis finanziert wird und welcher Kosten/Nutzen Effekt besteht, zum Beispiel wieviel Menschen wie lange und zu welchem Preis diese Expositionsprophylaxe schlucken müssen, um eine HIV Infektion zu verhindern.

Zu Nebenwirkungen der unterschiedlichen Medikamente konnten wir auf Ihrer Seite (www.aids.at) nichts finden. In einem im Juli 2022 publizierten über Ihre Homepage verlinkten Bericht der ECDC konnten wir auch keine tieferen Einblicke gewinnen (ECDC EVIDENCE BRIEF Pre-exposure prophylaxis for HIV prevention in Europe and Central Asia Monitoring implementation of the Dublin Declaration on Partnership to fight HIV/AIDS in Europe and Central Asia – 2020/2021 progress report July 2022). Interessant wäre nach Studien zu schauen und zu evaluieren, inwieweit eine Resistenzentwicklung bei den derzeit am Markt befindlichen Expositionsprophylaxen zu erwarten ist. Interessant wäre auch das Verhalten der Nutzenden zu analysieren, denn aus medizinischer Sicht wird die Übertragung des HIV nicht zu 100% gestoppt und natürlich werden andere sexuell übertragbare Erkrankungen auch nur durch ein Präservativ verhindert. Für welche Hochrisiko Zielgruppen wäre also so eine Expositionsprophylaxe tatsächlich sinnvoll? Inwieweit kann die AIDS Hilfe einen Rückgang von Neuinfektionen in Österreich beobachten oder gibt es Berichte dazu? Solche Fragen zu erörtern, erachten wir für sehr sinnvoll, bevor so ein Projekt in die Regelversorgung übernommen wird.

3. Wie stehen Sie dazu HIV-Tests und Tests auf andere sexuell übertragbare Infektionen gratis anzubieten? Wenn sie dafür sind, in welchem Kontext soll das passieren?

ÖVP: Als Volkspartei betrachten wir den Zugang zu Tests auf sexuell übertragbare Infektionen als wichtigen Baustein der Gesundheitsvorsorge. Dabei ist es wichtig, sowohl die Prävention als auch die frühzeitige Erkennung und Behandlung solcher Krankheiten zu fördern. Insofern ist es unser Ziel, das niederschwellige Angebot an Tests, unter Maßgabe entsprechender gesundheitspolitischer Anforderungen, konsequent weiterzuentwickeln.

SPÖ: Die SPÖ will die sexuelle Gesundheit aller Österreicher:innen fördern. Deshalb müssen Tests für HIV und andere sexuell übertragbare Infektionen (STIs) kostenfrei und niederschwellig zur Verfügung stehen. Niemand darf aus Kostengründen davon abgehalten werden, über die eigene sexuelle Gesundheit informiert zu sein und damit sowohl sich selbst als auch mögliche Partner:innen vor vermeidbaren Infektionen zu schützen!

In einem ersten Schritt sollte deshalb die Möglichkeit geschaffen werden, Tests nicht nur für HIV und Hepatitis sondern auch für die anderen zentralen STIs – Chlamydien, Tripper, Syphilis – kostenfrei an den jeweiligen Aids Hilfen zu bekommen. Mittelfristig können auch automatische Testungen im Zuge der jährlichen

Vorsorgeuntersuchung/Gesundenuntersuchung einen wichtigen Beitrag zur sexuellen Gesundheit leisten.

FPÖ: Um solche Entscheidungen zu treffen, wird es gesundheitspolitisch notwendig sein, die entsprechenden Risikogruppen und den Risikoumfang für diese Gruppen, aber auch die Gesamtbevölkerung zu definieren. Auf dieser Grundlage müssen dann die weiteren Entscheidungen für solche Maßnahmen getroffen werden.

Grüne: Tests sind wichtig, um eine Erkrankung schnell erkennen und schnell behandeln zu können. Und auch, um weitere Ansteckungen zu verhindern. Also kurz: Ja, Tests sind sehr wichtig und sollten gratis und so niederschwellig wie möglich sein. Welches Testumfeld passend ist, kann individuell und nach Lebenslage sehr unterschiedlich sein. Wichtig sind sowohl die anonymen Testmöglichkeiten der AIDS-Hilfen in einem speziell sensibilisierten Umfeld. Wichtig ist aber auch zu wissen, dass bei Verdacht für alle sexuell übertragbaren Krankheiten Gratistestmöglichkeiten bestehen, sei es im Rahmen eines Blutbildes beim Hausarzt (nicht anonym), bei Ärzt:innen für Haut- und Geschlechtskrankheiten oder mittels Überweisung an ein entsprechendes Labor oder eben bei den AIDS-Hilfen. Ausbau- und Verbesserungsfähig sind beide Bereiche, zum Beispiel durch ein breiteres Gratistestangebot der AIDS-Hilfen oder durch spezielle Schulungen bei Haus- und Fachärzt:innen, um Tabus und Vorurteile abzubauen.

Neos: Als reguläre Kontrolluntersuchungen wie für andere Krankheiten wird es wohl auch hier eigene Kostenregelungen benötigen, spätestens in Verdachtsfällen als Diagnoseinstrument sollten diese aber regulär übernommen werden.

Bierpartei: Wir befürworten Einrichtungen wie die österreichischen AIDS-Hilfen, wünschen uns aber auch einen kostenlosen und vorurteilsfreien Zugang im regulären Gesundheitssystem.

Keine: Wir sind für den Ausbau des gratis Testangebots auf HIV und andere sexuell übertragbare Infektionen. Dafür braucht es einen Ausbau des bestehenden Angebots für anonyme und unabhängige Tests, vor allem im ländlichen Raum, flächendeckende Aufklärung über das Angebot sowie eine Entstigmatisierung.

KPÖ: Wir unterstützen alle sinnvollen Maßnahmen, die aufgrund wissenschaftlicher Studien und Erfahrungen von Praktiker:innen des Gesundheitssystems als sinnvoll erachtet werden. Als entwickeltes Land kann Österreich Vorreiterin im Gedanken der Prävention von Infektionen und Erkrankungen sein. Die öffentliche Unterfinanzierung der Angebote der AIDS-Hilfen und Zentren für sexuelle Gesundheit halten wir seit langem für politisch höchst beschämend. Aktuell ist es einem kleinen Teil der Versicherten in Österreich - je nach Wohnort und sozialen Beziehungen - durchaus bereits möglich, kostenlose HIV- und STI-Tests tourlich zu erhalten. Diese Ressourcen müssen jedoch transparent allen, die präventionswillig sind, auf niederschwellige Art und Weise zur Verfügung gestellt werden. Soziale Hürden finanzieller Art lehnen wir dabei ausdrücklich ab. Mit den Beiträgen der Versichertengemeinschaft soll effizient und zielführend umgegangen werden, daher soll die Basis für medizinische Angebote im Gesundheitssystem stets der aktuelle Forschungsstand der Wissenschaften sein.

Liste Madeleine Petrovic: Massentestungen ohne Verdacht machen keinen Sinn und sind sehr kostspielig. Ich denke wir haben in Österreich ein gut funktionierendes niederschwelliges Angebot, Ärzte mit individuellen Fragestellungen aufzusuchen und einen HIV Test, wie auch andere Tests für den Einzelnen (gratis) durchführen zu lassen. Auch die Beratungsstellen (online und analog) der AIDS Hilfe halten wir für exzellente Einrichtungen, um rasch Hilfe zu ermöglichen.

4. Wie stehen Sie zu Gratis-Verhütungsmitteln? Wenn Sie dafür sind, in welchem Kontext sollen diese abgegeben werden?

ÖVP: Wir setzen uns dafür ein, dass es eine Entlastung im Bereich der privaten Gesundheitskosten durch steuerfreie Verhütungs- und Frauenhygieneartikel gibt.

SPÖ: Sexuelle Gesundheit darf niemals vom Geldtascherl abhängen! Im Vergleich zu anderen EU-Ländern hinkt Österreich trotz der aktuellen Versuchsregion in Vorarlberg da noch weit hinterher: Die SPÖ bekennt sich deshalb zum kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln. Insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene müssen Verhütungsmittel kostenfrei und niederschwellig zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus müssen aber vor allem langfristige Verhütungsmöglichkeiten, die vor allem Frauen finanziell belasten, gratis werden.

FPÖ: Die Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln in Österreich ist flächendeckend und niederschwellig gegeben. Die Preise sind in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Vor gut 10 Jahren kostete die Pille um das zehnfache mehr als heute. Daher sehen wir hier keine Notwendigkeit der kostenlosen zur Verfügungstellung von Verhütungsmitteln.

Grüne: Wir setzen uns bereits seit langem für Gratis-Verhütungsmittel ein, um die reproduktive und sexuelle Selbstbestimmung zu stärken. Unsere Forderung, Verhütungsmittel zumindest steuerfrei zu stellen und damit leistbarer zu machen, wurde von der ÖVP abgelehnt. Umso mehr freut es uns, dass es gelungen ist, in Vorarlberg ein Pilotprojekt zur Gratisabgabe von Verhütungsmitteln für Frauen zu starten. Der aktuelle Verhütungsbericht des Gesundheits- und Sozialministeriums zeigt, dass Verhütung in Österreich immer noch eine Frage des Geldes ist und überwiegend in der Verantwortung und Kostentragung von Frauen liegt. Die Hälfte der Frauen trägt die Kosten dafür ganz allein. Je nach gewähltem Verhütungsmittel betragen die Kosten dafür bis zu 230 Euro pro Jahr. Der zu wählende Kontext soll aus unserer Sicht so niederschwellig und so diskriminierungsfrei wie möglich sein. Das zentrale Anliegen ist, dass Verhütungsmittel keine Frage des Geldes mehr sein dürfen. Das bedeutet also auch Schulen, Universitäten, Institutionen wie die AIDS-Hilfen usw. sind hier mitzudenken und miteinzubeziehen.

Neos: Zumindest für Jugendliche sollten Verhütungsmittel jedenfalls gratis zur Verfügung stehen. Der Mangel an eigenen finanziellen Möglichkeiten und oft auch Scham gegenüber den Eltern oder Verbote, seine Sexualität auszuleben, erschweren den Zugang zu Verhütung oftmals. Gerade in jungen Jahren ist das Bewusstsein für Krankheiten aber noch weniger ausgeprägt und ungewollte Schwangerschaften haben weitreichendere Folgen, als wenn informierte Personen mit Entscheidungen konfrontiert werden - der kostenlose und vor allem auch niederschwellige Zugang zu Verhütungsmitteln stellt damit auch einen Baustein dar, wie Menschen ihre Sexualität sicher und selbstbestimmt entdecken können.

Bierpartei. Wir sind für die Abgabe kostenloser Verhütungsmittel in öffentlichen Einrichtungen (z.B. Schulen, Krankenhäusern) und Apotheken.

Keine: Ja, auf jeden Fall sind wir für eine Bereitstellung von Gratis-Verhütungsmitteln. Verhütungsmittel wie Kondome und Femidome sollten kostenfrei zumindest bei Ärzt:innen

und Apotheken, bei AIDS-Hilfe-Standorten sowie in Bildungseinrichtungen erhältlich sein aber von uns aus auch in irgendwelchen Automaten, in U-Bahn-Stationen oder im Rathaus. Das „Wo“ ist uns eigentlich gar nicht so wichtig (und vermutlich auch relativ einfach zu klären), solange alle, die darauf angewiesen sind diese auch bekommen – bestenfalls möglichst niederschwellig und zu jeder Zeit.

KPÖ: Insbesondere die Jugendorganisation der KPÖ, Junge Linke, organisiert bereits seit vielen Jahren Kampagnen im öffentlichen Raum zum Thema: „Her mit gratis Verhütung“ – nach französischem Vorbild soll Verhütung für junge Menschen gratis werden. Tatsächlich würden zwei von drei jungen Frauen anders verhüten, wenn Geld keine Rolle spielen würde. Wir fordern eine Begleitung des Themas im Rahmen des öffentlichen Schulsystems.

Liste Madeleine Petrovic: Gratis-Verhütungsmittel sind eine gute Idee, vor allem für junge Leute. Das würden wir sehr begrüßen und unterstützen. Hierzu gibt es in der EU einige Staaten, die diesbezüglich Vorreiterpositionen einnehmen: In Frankreich gibt es für junge Menschen bis 25 Jahren Kondome und die Pille gratis. In Deutschland ist die Pille für junge Frauen bis zum 22. Lebensjahr ebenfalls gratis. Grundsätzlich finden wir gratis Verhütungsmittel insbesondere bis zur Volljährigkeit sinnvoll.

5. Im Jahr 2023 wurden leider mehr als 70% der Diskriminierungsmeldungen betreffend Menschen mit HIV im Gesundheitswesen dokumentiert. Wie denken Sie, kann gerade in diesem sensiblen Bereich Diskriminierung verhindert werden?

ÖVP: Menschen mit HIV müssen sich in unserem Gesundheitssystem sicher und gut versorgt fühlen können. Aus unserer Sicht braucht es daher weitere Aufklärung, Prävention und eine Entstigmatisierung der Krankheit, um Diskriminierung aktiv bekämpfen zu können. Ein Ansatz dazu wird sein, das Thema flächendeckend in die Ausbildung aller Gesundheitsberufe zu integrieren. Gleichzeitig braucht es eine Bewusstseinsbildung für Betroffene, damit diese im Falle einer Diskriminierung die vorhandenen Angebote der verschiedenen Anti-Diskriminierungsstellen schnell und ohne Angst vor negativen Konsequenzen wahrnehmen.

SPÖ: Bekämpfen wir HIV, nicht jene Menschen, die mit HIV und Aids leben – gemäß dieses Grundsatzes ist für die SPÖ klar, dass kein Mensch aufgrund einer HIV-Infektion diskriminiert werden darf! Neben einer Ausweitung des gesetzlichen Diskriminierungsschutzes durch eine Novelle des Gleichbehandlungsgesetzes, um insbesondere Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung im Gesundheitsbereich zu verbieten, braucht es dazu aus unserer Sicht sowohl mehr Sichtbarkeit und Entstigmatisierung als auch verstärkte Aufklärung und Zusammenarbeit mit allen betroffenen Stellen: Besonders im Fokus stehen müssen dabei neben der ärztlichen Versorgung auch die Bereiche der Pflege, der Bildung und der Arbeitswelt. Darüber hinaus muss die Antidiskriminierungsarbeit der Aids Hilfen als erste Anlaufstelle von Diskriminierungsopfern gestärkt werden.

FPÖ: Diskriminierung wegen eines Gesundheitszustandes oder einer Krankheit lehnen wir strikt ab. Das Gesundheitssystem muss dafür Sorge tragen, dass mit entsprechender Gesundheitsversorgung jeder Patientengruppe entsprechend geholfen wird. Gleichzeitig ist bei spezifischen Risikogruppen durch Beratung, Aufklärung und Gesundheitsvorsorge darauf hinzuwirken, dass Infektionen und die Verbreitung ansteckender Krankheiten verhindert wird.

Grüne: Aufklären und Sensibilisierung auf allen Ebenen sind das Um und Auf. Diskriminierungen im Gesundheitsbereich sind besonders gefährlich, weil sie potenziell Betroffene davon abhalten können, notwendige Behandlungen und/oder Untersuchungen machen zu lassen. Nicht umsonst hat auch der Grüne Klub die Charta für einen diskriminierungsfreien Arbeitsplatz der AIDS-Hilfen unterschrieben. Diskriminierungen in diesem Bereich spiegeln die nach wie vor vorhandenen gesamtgesellschaftlichen Diskriminierungen wider. Das bedeutet, dass jede allgemeine Aufklärungs- und Anti-Diskriminierungsarbeit auch hier hilft. Ebenfalls setzen wir uns für spezifische Maßnahmen im Rahmen aller Ausbildungen für Gesundheits- und Pflegeberufe sein, sowie für Fortbildungsmöglichkeiten – wie z.B. von der Aids-Hilfe angeboten - für bereits im Beruf stehende Fachkräfte. Vorbildhaft könnte auch das unlängst vom Gesundheitsministerium umgesetzte gratis e-learningtool zur Sensibilisierung für das Gesundheitspersonal zu LGBTIQ-Themen sein. Zugleich ist es wichtig, dass derartige Diskriminierungen erfasst und damit sichtbar werden sowie Informationsarbeit, damit Betroffene wissen, welche Rechte sie haben und wie sie gegebenenfalls auch rechtlich dagegen vorgehen können.

Neos: Der erste Schritt ist jedenfalls mehr Bewusstsein. Nach wie vor kann es vorkommen, dass das Bewusstsein über die veränderten Behandlungs- und Krankheitsmanagementmöglichkeiten nicht ausreichend vorhanden ist. Hier braucht es dementsprechend mehr Nachschulungen und Aufklärung, um auch die Sensibilisierung im Gesundheitsbereich zu verbessern und Diskriminierungen zu reduzieren oder im Idealfall ganz zu verhindern.

Bierpartei: Verpflichtende Schulungen für medizinisches Personal zu den spezifischen Gesundheitsbedürfnissen und Herausforderungen von Menschen mit HIV sollen implementiert werden und spezialisierte Gesundheitsdienste, einschließlich psychischer Gesundheitsdienste und die HIV/AIDS-Prävention, sollen ausgebaut und gefördert werden.

Keine: Es braucht eine umfassende und verpflichtende (Weiter-)Bildung von Ärzt:innen und Gesundheitspersonal zu HIV und AIDS sowie eine gesamtgesellschaftliche Entstigmatisierung in Form von medialer Aufklärung.

KPÖ: Als KPÖ sind wir eine mitgliederorientierte Partei, die viele auch Mediziner:innen in ihren Reihen hat. Leider ist der in der Fragestellung beschriebene Zustand auch in der Wahrnehmung vieler unserer Mitglieder immer noch traurige Realität in Österreich. Daher setzen wir uns dafür ein, dass das Personal in der öffentlichen Verwaltung, im medizinischen Bereich und in Bildungseinrichtungen Ressourcen erhält, sich mit der Situation von HIV-positiven Personen anhand von Weiterbildungsangeboten auseinandersetzen zu können. Eine wesentliche Maßnahme, um Diskriminierungen zu reduzieren, ist sicherlich die Weiterentwicklung des vereinzelter Hausarzt-Systems hin zu Gruppenpraxen und Primärversorgungseinheiten (PVE). Kollaboratives Arbeiten schafft Austausch und Wissenstransfer, was beim derzeitigen System der Primärversorgung nicht angemessen gewährleistet ist. Das zeigt auch der EU-weite Vergleich mit anderen Ländern. Wichtig erscheint uns keine Vorverurteilung zu betreiben, sondern systemisch alle Stakeholder bestmöglich zu unterstützen und somit Diskriminierungen zu beenden. Darüber hinaus sind auch Rechtsinstrumente sinnvoll. Im Bereich der Gesundheitsmeldungen und IT-Infrastruktur unterstützen wir bestehende Bemühungen um mehr Datenschutz.

Liste Madeleine Petrovic: Diese hohe Anzahl an Diskriminierungsmeldungen sind erschreckend. Sie lässt sich unseres Erachtens auf die seit mehreren Jahren bestehende schlechte Gesundheitspolitik der Regierung zurückführen, die auf Angstmache und Ausgrenzung basiert. Während der Corona-Krise wurde es wieder salonfähig, Menschen aufgrund einer vermuteten Infektion bzw. rein abstrakten, potenziellen Gesundheitsgefährdung zu diskriminieren. Dieses Regime wurde sogar ins Regelgesetz überführt. Damit wurde jahrzehntelange Antidiskriminierungsarbeit zunichte gemacht. Hier braucht es dringend eine Kehrtwende und die Entfernung diskriminierender Gesetze aus dem Gesetzesbestand.

6. Wie stehen Sie dazu, dass Menschen mit HIV vom Bewerbungsverfahren für den Polizeidienst und als Soldat*in des österreichischen Bundesheer ausgeschlossen sind?

ÖVP: Einen Ausschlussgrund am Bewerbungsverfahren für den Polizeidienst bildet jede Erkrankung, die eine Dauermedikation erfordert. Das ergibt sich daraus, dass durch einige der möglichen Einsätze im Polizeiberuf wie beispielsweise Großdemonstrationen eine geordnete Medikamenteneinnahme und Nahrungsaufnahme nicht gewährleistet ist und somit bei diesem Personenkreis die körperliche Integrität gefährdet sein kann. Wir unterstützen daher die Beibehaltung dieser Regelung zum Schutz der betroffenen Personengruppen.

Beim Bundesheer stellt ein positiver HIV-Test grundsätzlich keinen Ausschlussgrund für den Grundwehrdienst dar. Der gesundheitliche Zustand sowie die medikamentöse Einstellung haben jedoch einen Einfluss auf die Tauglichkeit.

SPÖ: Die SPÖ hat in den vergangenen Jahren schon mehrmals mittels parlamentarischer Anfragen und Anträgen Druck auf die zuständigen Ministerien gemacht, damit derartige Diskriminierungen endlich der Vergangenheit angehören. Es ist vollkommen unverständlich, warum angesichts der aktuellen Behandlungsmöglichkeiten und unseres heutigen Wissenstandes längst überholte Vorurteile gegenüber HIV-positiven Menschen im Bereich der Polizei oder des Bundesheeres für handfeste Diskriminierungen sorgen. Unsere Position ist deshalb klar: Menschen, die mit HIV leben, dürfen in der Arbeitswelt keine Diskriminierungen erleben – das gilt natürlich auch für den staatlichen Bereich und den staatlichen Sicherheitsapparat.

FPÖ: Die körperliche Eignung ist ein wesentlicher Teil für die besonderen Leistungsanforderungen im Polizeidienst oder im Heer, daher ist dies nachvollziehbar.

Grüne: Menschen, die das HI-Virus in sich tragen, sollten aus Grüner Sicht nicht automatisch vom polizeilichen Bewerbungsverfahren ausgeschlossen werden. Wir halten das für eine uninformierte Diskriminierung. Bewerber:innen, die in medizinischer Behandlung sind, bei denen das HI-Virus nicht mehr nachweisbar ist und die auch sonst keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen dadurch haben, dürfen nicht automatisch vom Bewerbungsverfahren ausgeschlossen werden.

Neos: HIV ist heute eine kontrollierbare Krankheit wie viele andere chronische Erkrankungen auch. Es sollte daher keine sachlich nicht begründete Diskriminierung gegen HIV-positive Menschen geben. Medizinisch indizierte Einschränkungen im Militärdienst sollten auf Basis der ärztlichen Einschätzung bestehen bleiben.

Bierpartei: Diese Position gehört überarbeitet und geändert.

Keine: Es gibt keinen Grund, HIV-infizierte Personen mit aktiver PEP-Behandlung zu benachteiligen und vom Polizei- oder Militärdienst auszuschließen.

KPÖ: HIV-positive Patient:innen, die erfolgreich unter Therapie und damit unter der sogenannten Nachweisgrenze sind, gelten bekanntlich als „nicht nachweisbar = nicht

übertragbar“. Denn unter der Nachweisgrenze bedeutet, dass auch mit modernen PCR-Tests kein Virus mehr im Blut gefunden werden kann. Wenn wir es nun medizinisch bei Licht betrachten, sollten diese Personen uns lieber sein als Personen die ihren Status nicht kennen und deshalb auch nicht therapiert werden können und damit ansteckend sind. Mit den modernen Therapieoptionen ist HIV zu einer gut behandelbaren, chronischen Erkrankung geworden - wie beispielsweise Diabetes. Ausgehend davon ist der Ausschluss vom Bewerbungsverfahren bei Polizei und Bundesheer als sachlich ungerechtfertigte Diskriminierung abzulehnen und stammt noch aus einer Zeit, als es keine ausreichenden Therapieoptionen für HIV-positive Personen gab.

Liste Madeleine Petrovic: Wir denken, dass für Menschen, die an einer AIDS Erkrankung leiden, das gerechtfertigt erscheint, nicht jedoch für Menschen die als geheilt gelten und/oder nur mehr eine geringe Viruslast tragen.

7. Wie würden Sie eine zeitgemäße Sexualpädagogik in Österreichs Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen organisieren?

ÖVP: Altersgerechter Sexualkundeunterricht, der sich an internationalen Standards orientiert, findet bereits jetzt statt. In den neuen Lehrplänen der Primarstufe und der Sekundarstufe I ist die Sexualpädagogik ein fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip. Im Grundsatzerlass zur Sexualpädagogik sind die grundlegenden Zielsetzungen und allgemeinen Grundsätze zur Umsetzung ausführlich erläutert.

Im Jahr 2023 wurde von den Ministern Polaschek, Raab und Rauch ein Expertengremium nominiert, um die (externen) Angebote qualitätssichern zu können. Durch qualitätsgesicherte externe Angebote und gut ausgebildete Lehrkräfte wird daher bereits jetzt für eine zeitgemäße Sexualpädagogik gesorgt.

SPÖ: Schon seit langem setzt sich die SPÖ für wissenschaftlich fundierte sexuelle Bildung in unseren Schulen ein. Für uns ist klar, dass gerade in diesem sensiblen Bereich externe Anbieter:innen von entsprechenden Bildungs- und Workshopangeboten auf Basis der Menschenrechte, des Standes der Wissenschaft und des klaren Ziels der Antidiskriminierung tätig sein müssen. Um dieses Ziel sicherzustellen setzt sich die SPÖ für eine bundesweite finanzielle Absicherung entsprechender Anbieter:innen ein, die derartige Leistungen auf Grundlage des Grundsatzerlasses zur Sexualpädagogik erbringen. Workshops zur sexuellen Bildung dürfen gerade im schulischen Kontext niemals von äußerer Finanzierung abhängen und müssen auch für ihre Trainer:innen entsprechende Ressourcen für Aus- und Weiterbildung, sowie die notwendige Supervision zur Verfügung stellen. Das klare Ziel sexueller Bildung ist aus unserer Sicht die Stärkung junger Menschen im Sinne der Vorbereitung auf ein selbstbewusstes, aufgeklärtes und sicheres Erwachsenenleben!

FPÖ: Die FPÖ sieht die Sexualerziehung in erster Linie als primäre Aufgabe der Eltern. Die Schule sollte sich im Rahmen des Biologieunterrichts sachlich und ohne ideologische Beeinflussung mit Themen der Sexualpädagogik auseinandersetzen. Dabei ist es wichtig, dass die Inhalte neutral und wissenschaftlich fundiert sind. Ideologisch geprägte Inhalte, wie etwa Sexualkunde durch Dragqueens, lehnen wir strikt ab. Es ist von zentraler Bedeutung, dass die Schule keinen Raum für ideologische Indoktrination bietet und stattdessen den Eltern die Hauptverantwortung für die Sexualerziehung ihrer Kinder überlässt.

Grüne: Sexualpädagogik ist wichtig für Kinder und Jugendliche. Körperwahrnehmung, Körperveränderung, Sexualität und Gefühle spielen beim Heranwachsen eine große Rolle. Sowohl in der Schule als auch außerhalb braucht es zur Vermittlung dieser Themen Profis, die nach modernen Standards arbeiten. Alle Vereine, die Workshops zu Sexualpädagogik an Schulen anbieten wollen, werden seit 2022 von Expert:innen geprüft. Um seriöse von unseriösen Anbietern zu unterscheiden, wurden dafür Qualitätsstandards definiert und eine Geschäftsstelle eingerichtet. Die Kriterien dafür orientieren sich an den europäischen Standards der WHO, der Comprehensive Sexuality Education (CSE) sowie am Unterrichtserlass zur Sexualpädagogik. Grundsätze dabei sind Diskriminierungsfreiheit, Förderung der Gleichheit der Geschlechter, Anerkennung von Diversität, die Achtung der Kinderrechte und die sexuelle und reproduktive Gesundheit. Das unterstützen wir. Für pädagogisches Personal braucht es entsprechende Aus- und Fortbildung.

Neos: Wichtig ist qualitativ wertvoller und wertschätzender Sexualunterricht. Ein gutes Instrument wären daher bessere Kontrollen der anbietenden Vereine - hier kam es in den vergangenen Jahren ja immer wieder zu Berichten über stark ideologisch geprägten Unterricht. Trotz Allem scheint es auch aufgrund der verbundenen Scham oftmals besser zu sein, auswärtige Vereine hinzuzuziehen und nicht dem Lehrpersonal alleine die Verantwortung zu übertragen. Viele Aspekte des Aufklärungsunterrichts haben aber einfach mit Hygiene und Gesundheit zu tun, hier können leicht ideologiebefreite Unterrichtsinhalte und beispielsweise ein stärkerer Fokus im Biologieunterricht eingebaut werden. Für den eigenen Gestaltungsspielraum wäre es wichtig, Begleitpersonal wie Schulpsycholog:innen, -sozialarbeiter:innen und School Nurses flächenwirksam in Schulen zu haben. Damit können Kinder und Jugendliche eigene Vertrauensverhältnisse für derartige Entwicklungsfragen aufbauen und niederschwellige Unterstützung erhalten.

Bierpartei: Wir stehen für eine Einführung und Förderung von Bildungsprogrammen, die Vielfalt und Inklusion (v.a. in Schulen) thematisieren.

Keine: Wir orientieren uns hier schon an bestehenden Strukturen und aktuellen internationalen Richtlinien und Standards beispielsweise der UN oder BZgA. Außerdem unterstützen wir verpflichtende Sexualpädagogik-Workshops an allen Schulen (Altersstufen 12/13 und 15/16), damit die Themen Sexualität und Verhütung altersgemäß besprochen werden können. Durch die Durchführung dieser Workshops durch schul-externe Personen können sichere Räume für ein Gespräch über Sexualität entstehen - mit Menschen, die speziell dafür ausgebildet sind. Die meisten Lehrenden, die Verhütungsthemen im Biologie-Unterricht ansprechen, haben nicht die (sexual-)pädagogischen Kompetenzen, um dieses Thema umfassend und wertfrei mit jungen Menschen zu diskutieren.

KPÖ: Wir stimmen dem Rundschreiben des Bildungsministeriums aus dem Jahr 2015 und der WHO zu, dass zeitgemäße Sexualpädagogik sich heute als eine Form der schulischen Bildung verstehen soll, die altersentsprechend in der frühen Kindheit beginnt und sich bis ins Erwachsenenalter fortsetzt. Dabei wird Sexualität als ein positives, dem Menschen innewohnendes Potential verstanden. Im Rahmen einer umfassenden Sexualpädagogik sollen Kindern und Jugendlichen Informationen und Kompetenzen vermittelt werden, um verantwortungsvoll mit sich und anderen umgehen zu können. Nach diesen schönen Worten stellt sich die Frage der Praxis: Unterfinanzierte Vereine, ehrenamtliche Aufklärungsarbeit, zu wenig Ressourcen für alle Schulen – das ist die Realität in Österreich. Wir sind ein reiches Land, aber das Geld ist zu oft in den falschen Händen. Daher fordern wir eine gute Ressourcenausstattung auch in diesem Bereich, was bei ausreichend politischem Willen auch problemlos finanzierbar wäre.

Liste Madeleine Petrovic: Was einer zeitgemäßen Sexualpädagogik entspricht und in welchem Alter diese stattfinden sollte, sollte in einem breiten Diskurs mit der Öffentlichkeit, und hier vor allem mit Eltern-, Schülern und Lehrerverbänden beschlossen werden. Organisieren würden wir das über die bestehenden Strukturen unter Einbeziehung von Schulärztinnen, Schulpsychologen und Jugendcoachs.

8. Wie planen Sie, die Öffentlichkeit über die Möglichkeiten der Prävention und Behandlung von HIV/AIDS und anderen sexuell übertragbaren Erkrankungen zu informieren, insbesondere in ländlichen Gebieten und unter benachteiligten Gruppen?

ÖVP: Als Volkspartei ist es unser Anspruch, den Zugang zu Test-, Beratungs- und Behandlungsangeboten im Kontext der sexuellen Gesundheit zu verbessern und kostenfreie Testungen auf sexuell übertragbare Krankheiten sicherzustellen. Das soll besonders in jenen Bundesländern forciert werden, wo es nach wie vor große regionale Unterschiede gibt. Dafür werden wir ein umfassendes Informationsangebot für die österreichische Bevölkerung sicherstellen.

SPÖ: Die SPÖ will die sexuelle Gesundheit aller Menschen, die in Österreich leben, stärken. Dazu braucht es aus unserer Sicht die Stärkung niederschwelliger Aufklärungs- und Informationsangebote. Neben einer Stärkung entsprechender Einrichtungen, wie der AIDS-Hilfen, hat auch die öffentliche Hand durch Informationskampagnen und einen klaren Fokus auf Sichtbarkeit ihren Beitrag in diesem wichtigen Bereich zu leisten. Sexuelle Gesundheit muss, wie viele andere Gesundheitsbereiche, als selbstverständlicher Teil der Gesundheitsversorgung ohne Stigma wahrgenommen werden.

FPÖ: Gesundheitspolitische Herausforderungen und die Antworten des Gesundheitssystems auf diese Herausforderungen werden aktuell bereits über die Sozialen Medien bzw. traditionelle Informationskanäle (Rundfunk, TV, Tageszeitungen) angesprochen. Deshalb sehen wir hier kein Stadt-Land-Gefälle. Bei den entsprechenden Risikogruppen könnte man über die Kommunikation mit der Bevölkerung insgesamt noch weiterer Informationsschienen nutzen, um die entsprechenden Angebote der Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsversorgung zu kommunizieren.

Grüne: Das Grün geführte Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) hat in den vergangenen Jahren eine Reihe von Aufklärungskampagnen zu sexuell übertragbaren Krankheiten umgesetzt. Zentrales Anliegen war es immer, auf möglichst niederschwellige Art und Weise ohne Zeigefinger Aufklärungsarbeit zu leisten. Die Kampagnen haben durchaus auch für Aufregung gesorgt, vor allem bei konservativen Kreisen ebenso wie bei Rechtspopulist:innen, da die Kampagnen bewusst provokant ausgestaltet wurden. Diese Kampagnen wollen wir nicht nur fortgeführt wissen, sondern auch ausweiten, und auch noch mehr speziellere Kampagnen(elemente) für Zielgruppen definiert umsetzen.

Neos: Bisherige Maßnahmen zu Vorsorgeprogrammen haben gezeigt, dass zielgruppenspezifische Werbung große Effekte bringen kann und beispielsweise Informationsbroschüren deshalb in mehr Sprachen zur Verfügung stehen sollten. Klassischerweise können hier über Fachärzte Personen erreicht werden, ohne Medienpräsenz machen Informationskampagnen heutzutage aber kaum noch Sinn. Zusätzlich muss zielgruppenspezifisch in bestimmten Einrichtungen/ Lokalen für Bewusstsein gesorgt werden und auch unter der Ärzteschaft gibt es viel zu wenige Personen, die dezidiert über PrEP aufklären oder dieses verschreiben. Auch dazu braucht es

dementsprechend in den Fachgruppen eigenes Lobbying, um beispielsweise verstärkt Fortbildungskurse in diesem Bereich anzubieten.

Bierpartei: Aufklärung, Aufklärung, Aufklärung. Wir müssen Hemmschwellen und teilweise stark verankerte Fehlinformationen beseitigen. Das geht am besten gemeinsam mit Expert:innen und NGO's.

Keine: Es braucht flächendeckende, mehrsprachige Aufklärungskampagnen, die im Fernsehen und anderen Medien verbreitet werden. Es braucht niederschwelliges sexualpädagogisches Angebot in ganz Österreich, Infomaterial in Arztpraxen und Apotheken und mehr Unterstützung für diverse AIDS-Hilfe-Standorte sowie äquivalente Einrichtungen. Zusätzlich braucht es gesellschaftliche Entstigmatisierung, um HIV und AIDS „besprechbar“ zu machen.

KPÖ: Gesundheit ist eines der fünf zentralen Themen im Wahlprogramm der KPÖ zur Nationalratswahl. Bei uns sind Expert:innen des Alltags – etwa die Spitzenkandidatin und aktive Intensivpflegerin DGKP Bettina Prochaska - auf wählbaren Plätzen der Nationalratslisten, damit sie im Parlament direkt ihre Erfahrungen einbringen können. Ein Parlamentseinzug der KPÖ würde entsprechende finanzielle Mittel für ein Bildungsinstitut schaffen, in dessen Rahmen wir selbstverständlich auch Präventionsmaßnahmen im Gesundheitsbereich breiter in die Öffentlichkeit bringen wollen. Schon jetzt versuchen wir dort, wo wir vertreten sind, Informations- und Präventionsarbeit zu leisten. Unsere bundesweiten Sozialberatungen stehen selbstverständlich auch HIV-positiven Menschen offen. Für uns ist kein Problem zu klein. Wir versuchen auch die Akteur:innen der Sozialversicherung miteinander in Dialog zu bringen. In Wien fand beispielsweise am 13. März dieses Jahres in der FAKTory eine hochkarätig besetzte Diskussionsrunde von unserem Dr.med Rudi Gabriel, im Rahmen der „Zukunftswerkstatt Gesundheitspolitik“, statt. Als Partei begrüßen wir ausdrücklich niederschwellige Angebote, wie beispielsweise jene der AIDS Hilfe Wien: „Bus für sexuelle Gesundheit“. Unsere Mitglieder und Jugendorganisationen sind auch auf CSD-Veranstaltungen, wie etwa in Mistelbach oder St. Pölten, präsent.

Liste Madeleine Petrovic. Dazu ist dankenswerterweise in den letzten Jahren viel durch die AIDS Hilfe unternommen worden und dieser Fragebogen und die angesprochenen Optionen werden sicherlich dazu beitragen das Angebot auch außerschulisch und in benachteiligten Gruppen weiter zu optimieren. Werbekampagnen der Pharmaindustrie jedoch sollten auf Fachpersonen reduziert bleiben und nicht die öffentliche Meinung beeinflussen.